

Kapitel 6: Zur Kritik an Militärritualen

Nach der Darstellung des gesellschaftlichen Kontextes, in dem die Militärrituale ihre Rolle spielen und der Darstellung der Militärrituale selbst und ihrer Interpretation setze ich mich in einem letzten Schritt mit den verschiedenen Diskursen über Militärrituale auseinander.

Militärrituale sind Gegenstand unterschiedlicher Diskussionsstränge mit unterschiedlichen (politischen) Zielen. Diese Diskussionsstränge erscheinen zunächst als kritische Diskurse. Grundsätzlich lassen sich zwei mögliche Ausgangspositionen für die Auseinandersetzung mit einem Gegenstand bestimmen - und das gilt nicht nur für die Auseinandersetzung mit Militärritualen: Immanentes Abwägen und Voraussetzungskritik. Immanentes Abwägen orientiert sich grundsätzlich an dem, was existiert, wie es existiert und wie es geregelt ist. Zumeist akzeptiert die Position immanenten Abwägens die Voraussetzungen und die Zieldefinition des kritisierten Gegenstandes und unterwirft sich daher in der Bewertung - explizit oder implizit - den Grenzen der Kritik, die durch Vorgaben wie 'Politikfähigkeit', 'Realitätsnähe', 'Praxistauglichkeit' gezogen sind.

"Die Grenze [der Kritik, ME] wird weder von der Schärfe noch von der Richtigkeit der Kritik bestimmt, sondern von deren [der nicht-parlamentarischen Opposition, ME] politischer Zielsetzung (die Kritik darf aus dem Kreislauf einer konstruktiv genannten, wechselseitigen Kontrolle der etablierten Führungsgruppen nicht herausfallen) und von dem Ausmaß der öffentlichen Wirksamkeit. [...] Die Grenze wird also von der Schwelle der Sozialwirksamkeit bestimmt, unterhalb derer freilich die uneingeschränkt politische Meinungs- und Kommunikationsfreiheit zugestanden wird." (Agnoli 1990: 92f)

Sobald Kritik sich also verbreiten will, auf Praxis zielt, ist ihre einzige akzeptierte Form die des immanenten Abwägens, weil es diesem nicht zuwiderläuft - weder vom eigenen Selbstverständnis noch vom Gegenstand des Kritisierten her -, neben der Kritik auch konstruktive Vorschläge zu machen - 'konstruktiv' in dem Sinne, daß sie versucht, das zuvor definierte Ziel unter den zuvor definierten Voraussetzungen *besser* zu erreichen. Ergebnis immanenten Abwägens sind also argumentativ begründete Verbesserungsvorschläge auf der Basis nicht weiter kritisch behener Prämissen. Voraussetzungskritik dagegen sucht über die zu kritisierenden Gegenstände nach deren Voraussetzungen, Kontexten, historischen, sozialen, politischen Prämissen, setzt bei eben diesen an und sieht Gegenstände, die den Anlass und Ausgangspunkt der Kritik darstellen, oft nur noch als nachgeordnete Phänomene an, die sich als Probleme auflösen, wenn die Kritik der Grundlagen nur radikal - an die Wurzeln, d.h. die Prämissen gehend - betrieben wird. Oft werden Positionen immanenten Abwägens zum Gegenstand der Voraussetzungskritik. Bei der Kritik immanenten Abwägens werden die Prämissen des Abwägens zunächst akzeptiert und jene Positionen dann auf der Grundlage ihrer eige-

nen Prämissen kritisiert: Resultat sind die herausgearbeiteten immanenten Widersprüchlichkeiten. Letztere verweisen in der Regel auf die Prämissen, die das immanente Abwägen als eingestandene oder unbewußte Denkschranken begrenzt haben. In Ergänzung zur immanenten Kritik und diese selbst kritisierend arbeitet Voraussetzungskritik die oft unausgesprochenen Prämissen einer Position heraus und unterzieht diese einer grundsätzlichen Prüfung. Diese grundsätzliche Kritik wiederum benötigt Kriterien, die sie offenlegen sollte, um selbst sowohl immanenter als auch grundsätzlicher Kritik offen zu stehen.

Ich werde hier so vorgehen: Zunächst werden die verschiedenen relevanten Argumente für und gegen Militärrituale geordnet und dargestellt und anschließend ihre inneren Widersprüche aufgezeigt. Dabei entspricht meine Vorgehensweise einer idealtypischen Ordnung, die sich in der Wirklichkeit politischer Auseinandersetzungen um die Militärrituale so nicht findet. Dort tauchen die verschiedenen Argumente - vor allem die *contra*-Argumente - in den unterschiedlichsten Mischungen auf.

Am Schluß soll versucht werden, die Notwendigkeit einer radikalen Ritualkritik zu begründen und ihre Möglichkeiten auszuloten. Diese Notwendigkeit - das sei bereits hier vorausgeschickt - ergibt sich m.E. vor dem Hintergrund der aktuellen Remilitarisierung der deutschen Gesellschaft. Die deutsche Regierung beteiligt sich an Kriegen wie zum Beispiel gegen Jugoslawien oder Afghanistan. Und auch der Verzicht an der Teilnahme an kriegerischen Auseinandersetzungen wie im jüngsten Fall gegen den Irak erfolgt weniger auf Grund eines wieder erwachten Pazifismus, sondern lediglich auf der Grundlage außenpolitischen Kalküls, das nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß die deutsche Regierungspolitik Krieg wieder offen als außenpolitische ›Option‹, d.h. als Mittel zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen behandelt. Aber auch auf europäischer Ebene werden außenpolitische Konzepte und Militärapparate um- und aufgerüstet, um den neuen und erweiterten Anforderungen einer militarisierten Interessenpolitik gerecht zu werden. Eine Kritik der Militärrituale, die zur Kritik des Militärs und militarisierter Gesellschaft überleitet, rechtfertigt sich also nicht nur - intellektuell - aus der Begrenztheit der immanenten Abwägungen zum Thema. Sie begründet sich vielmehr - politisch - vor dem Hintergrund deutscher und europäischer Militarisierung und der gewaltsamen Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Reproduktion, die die (sozialen wie auch ökologischen) Grundlagen ihrer selbst systematisch zerstört - nicht nur im Krieg, sondern auch im mit militärischen Mitteln aufrechterhaltenen kapitalistischen Frieden (vgl. Euskirchen 2003b). Weder zum Krieg noch zum kapitalistischen Frieden sollte eine Kritik der Militärrituale m.E. konstruktiv etwas beitragen.

Was ist überhaupt Kritik? Wie läßt sich am konkreten Gegenstand Militärrituale Kritik üben? Was sind die Gründe der eigenen kritischen Position und worin besteht sie endlich? Mit diesen Fragen und ihrer Erörterung verweist sie auf umfassende Militärkritik und auf die Notwendigkeit einer radikalen Kritik einer Gesellschaft, die ihre Wirtschaftsform (und damit eine ihrer entscheidenden Vergesellschaftungsformen) gegen die natürlichen Lebensbedingungen und die konkreten Bedürfnisse lebendiger Menschen letztendlich militärisch durchsetzt und absichert. Diese Kritik will und kann nicht konstruktiv sein - sie kann und will jedoch hinleiten zu verschiedenen Aktionsformen gegen die Militarisierung der Gesellschaft.

Aus den Auseinandersetzungen der letzten Jahre um Militärrituale lassen sich idealtypisch fünf Argumentationsstränge isolieren:

1. Die konservativ-staatstragende Argumentation stellt einen Mangel an Zeremoniell fest und fordert mehr davon, um den Truppenzusammenhalt der Staatsapparate zu kräftigen.
2. Ritualkritiken, die ich als 'sozialromantische Kritiken' charakterisieren möchte, sehen die Gefahr der Herausbildung eines 'Staates im Staate' durch ein sich auch in seinen Ritualen abkapselndes Militär und fordern die Durchführung öffentlicher Militärrituale außerhalb der Kasernen.
3. Eine Fraktion technokratisch-reformerischer Militärpolitiker stellt die funktional überholten Aspekte der Militärrituale in den Vordergrund und will den ›alten Zopf abschneiden‹, um das Militär für seine neuen Zwecke noch effizienter zu reformieren.
4. BürgerrechtlerInnen beklagen die mit den abgesperrten und bewachten Veranstaltungen einhergehenden Abschließungen des öffentlichen Raums.
5. Linksradikale Ritualkritiken benutzen die Militärrituale oft nur als Aufhänger für ihre grundsätzliche Kritik an Militär, Staat und Kapitalismus.

Diese Argumente werde ich zunächst vorstellen. Anschließend arbeite ich die Widersprüchlichkeiten bzw. Denkbarrieren innerhalb der Logik der verschiedenen Argumente heraus.

6.1 *Konservativ-staatstragende Argumente für mehr Rituale*

Konservativ-staatstragende Argumentationsstränge vertreten eine ›Werteerneuerung durch Reritualisierung‹:

"Nicht nur die Werte selbst, sondern vor allem ihre Verbindlichkeit soll erneuert werden, und zwar durch Implementierungsverfahren, in denen ihre Autorität gerade dadurch, daß sie selbstverständlich werden, in der Innerlichkeit verankert und so wirksam werden kann. Nur unangetastet, wie vormals das Heilige, und reflexiv ungebrochen könnten die Werte ihre bindende Kraft entfalten." (Schäfer/Wimmer 1998: 19f)

Die Vertreter dieses Ansatzes, dessen Charakteristika Schäfer/Wimmer hier passend herausarbeiten ohne ihm selbst anzugehören, setzen auf die ordnungstiftende und herrschaftsichernde Funktion von Ritualen. Ihnen geht es um die Stärkung der Verbindlichkeit herrschender Wertvorstellungen. Sie finden sich exemplarisch in den Reihen der politischen Exekutive, z.B. in Person des Berliner Innensenators, der den Militärriualen ähnliche Rituale auch für die Polizei fordert, um deren inneren, institutionellen Zusammenhalt zu stärken.¹⁸⁴

Bemühungen um einen starken Staat und schlagkräftige Institutionen kommt die symbolische Gewalt¹⁸⁵ zugute, die Militärriuale entfalten. Symbolische Gewalt erwirkt bei denen, auf die sie zielt, Eindruck, Ehrfurcht und letztlich Gehorsam gegenüber denjenigen, von denen sie ausgeht. Zivile Zuschauer ordnen sich dem Ablauf der militärischen Veranstaltung unter, die militärischen Teilnehmer ordnen sich den Ablaufregeln des veranstaltenden Kommandeurs unter, der Kommandeur ordnet sich dem Kanon an Traditionen unter, aus dem er schöpft, an den er mit seiner Veranstaltung anknüpft. Die verschiedenen Ritualsteilnehmer vergessen sich selbst in der Unterwerfung unter die Regeln und Zuschreibungen des Rituals. Indem sie das tun, verleihen sie dem Ritual und seinen Zuschreibungen erst die Geltung, die das Ritual aber schon von Anfang an beansprucht. Auf der Basis dieser Geltungskraft entfaltet das Ritual dann seine volle Wirkung und verleiht den verschiedenen herausgehobenen Teilnehmern Autorität: den Amtsträgern, Befehlshabern, Ehrengästen etc.. Die autoritätsstiftende Wirkung des Rituals beruht damit gerade *auf der gläubigen Teilnahme am Ritual*. In ihrer Abhängigkeit vom Glauben an die rituelle Ordnung offenbart sich die Autorität im militärrituellen Moment ihrer Stiftung als hochgradig wirksame gesellschaftliche Fiktion (vgl. Bourdieu 1990: 83). Daher läßt sich das Wiederaufkommen militärischer Sprache bzw. Symbolsprache und deren performative Wirkung im Zuge der 'Reritualisierung' militärischen Auftretens in der Öffentlichkeit nicht - wie es zunächst den Anschein hat - auf die Wiederauferstehung einer militärischen Vorstellungswelt beschränken. Es begleitet vielmehr das Wiederaufleben einer ganzen auf dem Militärischen gegründeten Welt sozialer Beziehungen *und den Glauben daran*.

Konservativ-staatstragenden Beiträgen zur Ritualsdiskussion geht es also darum, mehr Zeremoniell einzusetzen, um den Truppenzusammenhalt zu stärken. So betont Ekkehart Werthebach Wirkung und Stellenwert der - wie er es nennt - symbolischen Akte in der Öffentlich-

¹⁸⁴ Der damalige Innensenator des Landes Berlin in einem Interview mit dem Projekt 'Militärriuale': "Und insofern ist das [Gelöbnis, ME] für mich ein - wenn Sie so wollen - ein symbolischer Akt und diese symbolischen Akte gehören auch zu unserer freiheitlichen Demokratie. Vielleicht haben wir viel zu wenig davon - also mir läuft dabei nicht kalt den Rücken runter, wenn Sie das hören wollen..." (Werthebach, Interview: 2001: 191)

keit. Seine Aussage hat Bedeutung, als Innensenator in Berlin und stellvertretender Bürgermeister hat seine Meinung selbst repräsentativen Charakter, prägt von oben her Geist und - soweit sich Rechtsgrundlagen finden - auch Praxis der bürokratischen Gestaltung von Staatlichkeit. In einem Interview auf die Frage nach dem spezifischen Nationalverständnis, das durch die militärische Repräsentation von Staatlichkeit durch die Bundeswehr geschaffen wird, antwortet er:

"Ich [Ekkehart Werthebach, Berliner Innensenator; ME] bin zutiefst überzeugt, daß die freiheitlichen Demokratien zu wenig symbolische Akte haben. [...] Sie haben symbolische Wirkung - ob nun das öffentliche Gelöbnis oder auch der Große Zapfenstreich. Den letzten, den ich mir angeschaut habe, den fand ich besonders eindrucksvoll. Er fand statt vor dem neuen Palais in Potsdam. Sehr eindrucksvoll nicht nur der Ablauf, sondern auch tatsächlich der Ort, der damals gewählt wurde. Alle diese Institutionen wie die Bundeswehr, auch übrigens unsere Polizei, sie brauchen solche symbolischen Akte, um auch den Zusammenhalt der Gemeinschaft innerhalb der Gruppe Bundeswehr, innerhalb der Polizei, zu fördern. Und da wir dieses als demokratische Einrichtungen sehen, mit Recht sehen, müssen wir ihnen auch ihre Symbole geben, die sie dazu brauchen. Das gehört zur Bundeswehr: Fahnen gehören zur Bundeswehr, Orden und Abzeichen gehören zur Bundeswehr. Und warum sollte man ihnen diese Symbole nehmen, nur weil sie Teile eines freiheitlichen Rechtsstaates sind?"
(Werthebach, Interview: 2001: 193)

Werthebach bestätigt zunächst die Wirksamkeit des Zusammenspiels von Ritual und Ort, um dann die Notwendigkeit von ausdrücklich mehr und auch glanzvolleren Veranstaltungen dieser Art zu fordern. Gleichzeitig verteidigt er diese Position mit dem Verweis auf den seines Erachtens demokratischen Charakter autoritär-hierarchischer Verbände wie Militär und Polizei. Auch über die Bedeutung der Örtlichkeiten für den Charakter von Militärritualen ist er sich im Klaren und vertritt eine offensive Position:

"[...] wenn ich allein den Ort solcher Veranstaltungen bestimmen könnte, würde ich den Pariser Platz wählen oder den Platz hier am Roten Rathaus. Also mitten im Herzen dieser Stadt sollten diese Gelöbnisse stattfinden. Wenn man dieses aus verschiedenen Gründen, über die man länger diskutieren müßte, nicht tun will, etwa weil dann der Störfaktor so groß ist, daß ein ordentliches Gelöbnis nicht mehr durchgeführt werden kann, dann suche ich andere Orte." (Werthebach, Interview: 2001: 194)

Werthebachs explizite Haltung ist einerseits eher eine Ausnahme. Denn staatstragende Positionen für das militärische Ritual artikulieren sich in der Regel nicht verbal. Die Forderungen nach 'mehr' Militärritual werden gerade nicht politisch und laut vorgetragen. Sie werden bürokratisch von oben her exekutiert, dort wo die ›Großwetterlage‹ es erlaubt. Der Ort muß dort gelegen sein, wo der "Störfaktor", d.h. antimilitaristische Proteste, schwach sind, oder versammlungspolizeilich unterdrückbar oder aber dort, wo Zeitgeist und Massengeschmack so-

¹⁸⁵ Zum Begriff der ›symbolischen Gewalt‹, der sich an den der kulturellen Gewalt (Galtung) anlehnt, mehr in Kapitel 3.

gar begünstigend wirken: So finden denn auch auf dem flachen Land in den Kleinstädten mit Bundeswehrgarnisonen jährlich hunderte öffentliche Gelöbnisse innerhalb und außerhalb der Kasernen statt, bei denen die Soldaten "die Symbole, die sie brauchen" (Werthebach) bekommen, bei denen Angehörige und Freunde andächtig lauschen und kein kritischer Gedanke die militärrituelle Gemeinschaftsgeistproduktion erschüttert.

Andererseits kann die Haltung Werthebachs dennoch als exemplarisch gesehen werden und erschließt sich im Kontext neuen Selbstbewußtseins Deutschlands nach 1989. Ziel war mit dem Abzug der alliierten Truppen die endgültige und vollständige Rückgewinnung der staatlichen Souveränität für Deutschland. Ausdruck dieser Souveränität und Mittel ihrer Exekution ist die Fähigkeit, Militär nach der Maßgabe der nationalen Vorstellungen einsetzen zu können. Dieses Projekt wurde zunächst einsatzpraktisch vorangetrieben: Die Bundeswehr wurde zunächst per Salamtaktik zur weltweit legitim auch in Kämpfen einzusetzenden Truppe rehabilitiert.¹⁸⁶ Der Mainstream der Diskussion um diese Militäreinsätze beschränkte sich auf die Forderung internationaler Einbettung des militärisch abgesicherten deutschen Neo-Imperialismus. Im Zuge dieser neuen, nämlich auch militärischen Souveränität wurde auch die Traditionspflege im Militär und die Pflege militärischen Zeremoniells wieder attraktiver. Öffentlich-publikumswirksame Staatsrepräsentation von oben wurde von unten aufgenommen und übersetzt sich in militärisch-patriotische Identifikationsmechanismen. Von mancher Seite wurde das "bundesdeutsche Untermaß an Repräsentation" beklagt und endlich die "Selbstannahme der Deutschen" (vgl. Isensee in: Gauger/Stagl 1992: 226 und 239) gefordert: Die Wende hin zu einem Mehr (auch) an (militärischer) Repräsentation - zu einem ›Mehr an Normalität‹.

Allerdings war die Forderung nach einem ständigen und uneingeschränkten 'Mehr davon', wie es aus konservativer Ecke zu vernehmen war, im Kontext der 'Re-Verkrieglichung' deutscher Außenpolitik kontraproduktiv. Die Fehleinschätzung derjenigen, die immer mehr Ritual und Staatszeremoniell fordern, liegt darin, daß eine quantitative und qualitative Ausweitung der staatlichen oder militärischen Repräsentation nicht automatisch ein mehr an Distinktionsgewinn für den deutschen Staat bedeutet. Über einen 'Hurra-Patriotismus' wäre die Remilitarisierung deutscher Außenpolitik nicht zu machen gewesen. Das ist aus konservativer Sicht das große Verdienst rot-grüner Außen- und Militärpolitik, die es sogar geschafft hat, die Beteili-

¹⁸⁶ Der Begriff der *Salamtaktik* stammt ironischerweise von dem Politiker, der wie kein anderer dazu beigetragen hat, die Salamtaktik zu ihrer Vollendung und die Bundeswehr zur Beteiligung an ihrem ersten Angriffskrieg nach 1945 zu bringen: "Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, daß die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamtaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um

gung an und Unterstützung von offensichtlichen Angriffskriegen als humanitäre Einsätze und emanzipativen Fortschritt zum Wohle der Menschheit darzustellen, die für die Verantwortlichen der rot-grünen Friedenspolitik nur unter größten Selbstzweifeln durchführbar war. Gerade über eine selbstkritische, eingebundene Militarisierung und über die Einbettung in das Projekt ›Europa‹ erlangte der deutsche Staat als Standort und Wettbewerbsstaat seine militärische Souveränität in der Außenpolitik wieder. Dergleichen wäre über eine klassische außenpolitische Machtpolitik, die ihre Interessen deutlich formuliert und zielstrebig verfolgt, nur gegen wesentlich größeren kriegs- und militärkritischen Widerstand zu erreichen gewesen. Erst grüne Außenpolitik, die programm-offiziell als Friedenspolitik dekretiert war und die Selbstkritik zum Habitus kriegführender Regierungspolitiker machte, ermöglichte die volle, nämlich kriegerische Souveränität deutscher Außenpolitik. Das konservativ-staatstragende "Mehr Symbole!" hat diesen Zusammenhang bis heute noch nicht verstanden.

6.2 Zivilisierung der Rituale durch Öffentlichkeit

Ritualkritiken, die das Militärzeremoniell aus dem 'Mief der Kasernen' herausholen wollen, erhoffen sich einen kontrollierend-zivilisierenden Effekt auf den militärischen Komplex durch den Einfluß der Öffentlichkeit. Dieser Gedanke ist so alt wie die Bundeswehr selbst und war lange Basis ihrer Legitimation: Nach offizieller Lesart resultierte die Notwendigkeit der Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg aus der "Gefahr aus dem Osten" und diese Legitimität stellte sich durch besondere Legitimationsmaßnahmen und -konstrukte her. Einerseits bot also der weitverbreitete Antikommunismus, der in der deutschen Bevölkerung die große Kontinuitätslinie vom Dritten Reich in die Bundesrepublik bildete, die Möglichkeit für eine Ideologie der notwendigen Verteidigung gegen einen drohenden Angriff der Sowjetunion. Dieser Gefahr meinte auch West-Deutschland - gemeinsam mit den NATO-Verbündeten - durch militärische Aufrüstung begegnen zu müssen. (So wurde die Bundeswehr auf dem gleichen Ressentiment aufgebaut, das schon die Wehrmacht bis vor Moskau getrieben hat.) Wichtiger für meine Argumentation sind die ideologischen Elemente, mit denen die Bundeswehr demokratiekompatibel gestaltet werden sollte: *Innere Führung* (Grundprinzipien: Primat der Politik, Einordnung der Streitkräfte in den demokratischen Rechtsstaat, Orientierung der soldatischen Berufsethik an den Werten und Normen des Grundgesetzes) und *Staatsbürger in Uniform*. Wichtigstes Element dieser beiden ideologischen Konzepte: Die Einbindung des Militärs in die gesamte Gesellschaft. Die Integration des Militärs in die de-

die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt", so Joseph Fischer noch 1994 in der Wochenzeitung 'Die Woche' vom 30. Dezember.

mokratische Gesellschaft soll den militaristischen Exzess strukturell verunmöglichen, indem das Militär in der Wechselwirkung mit der zivilen Restgesellschaft ständig kontrolliert und 'zivilisiert' wird - in den Worten einer SPD-Abgeordneten aus einer Rede zu einer der Debatten um die Gelöbnisse im Bendlerblock:

"Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und erfüllt wichtige Aufgaben für unser Land, für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Bundeswehr gehört weder einer Regierung noch einer Partei, sondern sie ist Teil unserer ganzen Gesellschaft. Öffentliche Gelöbnisse sind eine Möglichkeit zu demonstrieren, daß diese Integration gewollt ist und der Kontrolle von Staat und Gesellschaft unterliegt.

Die Bundeswehr braucht sich hinter Kasernenmauern nicht zu verstecken. Gelöbnisse in der Öffentlichkeit sind vielmehr auch der sichtbare Ausdruck dafür, daß die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft steht. Wer allerdings Öffentlichkeit nur außerhalb von Kasernenanlagen hergestellt sieht, der muß sich fragen lassen, welches Bild er von dem vermittelt, was sich im Inneren der Kasernen tut."¹⁸⁷

Vor diesem Hintergrund betonen gerade auch die Öffentlichkeitsstellen der Bundeswehr die Bedeutung ihrer militärrituellen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit, so z.B. der Presse-Offizier des Standortkommandanten in Berlin:

"Das öffentliche Gelöbnis, wie wir es heute hier gesehen haben - und es gibt's ja noch öffentlicher, indem nämlich die Gelöbnisse nicht mehr in der Kaserne stattfinden, sondern außerhalb von Kasernen - ist meiner persönlichen Meinung nach ganz, ganz wichtig. Denn was haben wir davon, wenn wir uns verstecken in den Kasernen und dort die feierlichen Gelöbnisse durchführen und keiner etwas davon mitbekommt. Wir müssen uns nach außen öffnen, und die beste Gelegenheit ist solch ein feierliches Gelöbnis und auch die Öffentlichkeit an diesem Militärzeremoniell teilhaben zu lassen. Man sieht ja, wie groß die Resonanz ist nicht nur hier mit den vielen älteren Angehörigen, die gekommen sind, sondern man stellt immer wieder fest, wenn die Gelöbnisse vor allen Dingen außerhalb von Kasernenmauern stattfinden, daß das Interesse der Bevölkerung nach wie vor riesengroß ist. Es gibt natürlich immer wieder Störungen auch zwischendurch - aber dafür sind wir eine Demokratie, und das stecken wir weg." (Pape, Interview: 2001: 183)

Auch der Parlamentarische Staatssekretär (BMVg, CDU) erklärte 1996 in einer Bundestagsdebatte, man wolle "keine Bunker-Mentalität, sondern eine bürgernahe, transparente Armee in unserer Mitte". Die Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages geht auf die Frage, ob sie öffentliche Gelöbnisse außerhalb der Kasernen für sinnvoll halte, sogar noch einen Schritt weiter, indem sie ein "Recht, öffentlich zu geloben" formuliert:

"Eid und Gelöbnis des Soldaten beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland, auf Recht und Freiheit des deutschen Volkes. Die jungen Wehrpflichtigen müssen sich deshalb der Bedeutung und der Reichweite ihres Gelöbnisses bewußt sein. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, sollten Gelöbnisse feierlich begangen werden. Ob Gelöbnisse in der Öffentlichkeit durchgeführt werden, ist den Entscheidungen des Bundesministers der Verteidigung sowie der jeweiligen Städte und Gemeinden vorbehalten. Ich persönlich halte es jedenfalls für erstrebenswert, unserer Gesellschaft, deren Schutz die Bundeswehr ja schließlich dient, Gelegenheit zu geben,

¹⁸⁷ Rede der SPD-Abgeordneten Ulrike Merten für den BT 1999, <http://ulrikemerten.de/templates/template2.php/aid/29>.

solchen feierlichen Anlässen beizuwohnen. Unsere Wehrpflichtigen haben das Recht, öffentlich zu geloben."
188

Die Zeitschrift 'Informationen für die Truppe' des BMVg faßt zusammen:

"Die Soldaten der Bundeswehr leiten ihren Auftrag aus dem Willen des Volkes her. In der Öffentlichkeit - sozusagen vor ihrem Auftraggeber - bekennen sie sich zur Treue gegenüber unserer Werteordnung, die auf dem Grundgesetz und den einfachen Gesetzen in der jeweils gültigen Fassung beruht. Die anwesenden Bürger üben stellvertretend für das deutsche Volk eine gesellschaftliche Kontrolle aus. (Kontrollfunktion)" (Flink 1998: 17)

Zunächst ist es aus Sicht derer, denen es unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft um die Verfügung über einen funktionsfähigen Militärapparat geht, sinnvoll, diesen in die demokratische Gesellschaft weitgehend zu integrieren. Denn eine Armee ist nur soweit kriegsführungsfähig, wie die Unterstützung an der 'Heimatfront' gewährleistet ist. Ziel ist das Militär als Institution und militärisches Konfliktbearbeitungsmittel nicht nur als selbstverständlich sondern auch als vorteilhaft im kollektiven Bewußtsein zu verankern. Militärpolitische Diskussion findet dann nur noch über das 'Wie' statt - nicht mehr über das 'Ob'. Militärkritik degeneriert zur Militäreffizienzkritik, also zur immanenten Kritik. Ohne Integration in die Gesellschaft könnte die Bundeswehr ihre volle Kampfkraft nicht entfalten - jeder Militäreinsatz wäre entweder nur gegen den Widerstand weiter Teile der Öffentlichkeit oder in Verbindung mit autoritärer innenpolitischer Flankierung (Zensur, Demonstrationsverbote, Kriminalisierung von Militärkritik) möglich.

In der Legitimationsstrategie sind also die demokratische Einbettung der Bundeswehr und die Darstellung ihrer Einsätze als humanitäre oder friedensstiftende ineinander verschränkt. Diese Strategie war erfolgreich. Angesichts der tiefen Rechtfertigungskrise nach dem Verschwinden des Systemgegners im Osten hat die politische Führung der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Regierungen viel erreicht. Seit Beginn der 1990er Jahre konnte der Legitimitätsverlust mehr als wettgemacht werden durch offensive Beteiligung an den angeblichen "Hilfseinsätzen", die immer weiter von Deutschland entfernt mittlerweile überall auf der Welt durchgeführt werden. Auch die militärischen Mittel selbst wurden zunächst sanft eingesetzt (1991: Lazarett in Kambodscha) und dann langsam aber stetig bis zur Beteiligung am Anti-Terror-Präventions-Angriffskrieg gesteigert (2003: Panzer in Kuwait, Raketenlenkung in den Awacs, Marine in Ostafrika). Diese Ausweitung der Kampfzone korrespondiert mit der Ausweitung und Intensivierung militärritueller Selbstdarstellung. Aus dieser Perspektive wird jedoch klar, daß nicht die militärische Sphäre durch ihre Inszenierung in der Öffentlichkeit

¹⁸⁸ Interview vom März 1999, <http://www.bundestag.de/presse/bp/1999/bp9902/9902007.html>.

kontrolliert oder gar zivilisiert wird, sondern umgekehrt: Gesellschaft und Politik werden militarisiert, Krieg ist wieder legitimes Mittel deutscher Außenpolitik.¹⁸⁹

Nun regt sich - gerade wenn Bundeswehr und Regierung mit derart durchsichtigen Militarisierungsstrategien an den Start gehen - politischer Widerstand. Die Militärrituale, vor deren Kulisse Geschichte zurechtgerückt und in den Dienst nationaler Militärpolitik gestellt wird (vgl. Kapitel 5.3 "Erinnerungs- und Gedenkrituale", Seite 139), werden zum Angriffsobjekt für symbolische Störungen. Es beginnt ein Kampf um den öffentlichen Raum: Die Bundeswehr sperrt ihren Veranstaltungsort ab und läßt ihn von Polizei und Feldjägern bewachen. Beim Gelöbnis 1998 vor dem Roten Rathaus war die darin resultierende Militarisierung eines öffentlichen Platzes am offensichtlichsten: Der Platz vor dem Rathaus war im wahrsten Sinne des Wortes militarisiert, er war militärisch angeeignet, aus der öffentlichen Nutzung herausgenommen und zum "mobilen Kasernenhof" (Trittin) umgewidmet. Hier zeigte sich besonders deutlich das Modell, nach dem Militär in die Öffentlichkeit geht: Militär stellt sich gerade nicht der Kritik und dem herrschaftsfreien Diskurs. Vielmehr exportiert das Militär seine Umgangsformen aus der Kaserne in die öffentlichen Räume, während diese sozusagen aus der tatsächlichen Öffentlichkeit herausgenommen werden, um dem Militär einen adäquaten Rahmen zu gewährleisten. Öffentlichkeit im räsonierenden Sinne kritischer Auseinandersetzung verschwindet.¹⁹⁰ Was bleibt ist gehorsam lauschende Untertänigkeit in Erwartung der Präsentation.

Ist erst die (kritische) Teilnahme vor Ort verunmöglicht, dann kommt die mediale Multiplikation der ohnmächtigen Öffentlichkeit hinzu: Das Ideal bürgerlicher Öffentlichkeit beinhaltet als wesentliches Element die Reziprozität der Mitteilungsakte. Jeder sollte teilnehmen können, mitreden können, protestieren können. Die mediale Reproduktion des Gelöbnisses im speziellen, z.B. im Fernsehen, trennt den Zuschauer vollkommen vom Ereignis: Nur noch eine Minderheit der Zuschauer ist wirklich vor Ort anwesend. Der Rest ist vom Ereignis durch

¹⁸⁹ Diese Militarisierung der zivilen Öffentlichkeit hatte zur Voraussetzung die Militarisierung zentraler Traditionsbestände der deutschen Nachkriegsgeschichte: Indem der versuchte Militärputsch gegen Hitler immer wieder als stellvertretend für den *gesamten* deutschen Widerstand präsentiert wurde, wurden Antifaschismus und nichtmilitärischer Widerstand gegen den NS militarisiert (vgl. Brendle 2001a). Heute steht der "militärische Widerstand für den gesamten deutschen Widerstand" (Scharping) und es blieb scheinbar keine andere Möglichkeit als die Bundeswehr Serbien bombardieren zu lassen, um ein zweites Auschwitz zu verhindern. Denn Verteidigungsminister Scharping hatte "KZs" vor Ort ausgemacht und Außenminister Fischer meinte, um seinem Grundsatz 'Nie wieder Auschwitz' treu bleiben zu können, den Angriff auf Serbien fordern bzw. rechtfertigen zu müssen (vgl. Joschka Fischer: *Rede des Außenministers zum Nato-Einsatz im Kosovo*, gehalten auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999).

¹⁹⁰ Die Militärrituale konstituieren auch in Demokratie und Rechtsstaat einen Bereich, der zwar dem Anspruch nach öffentlich ist - aber mit allen Mitteln - notfalls auch gewaltsam - freigehalten wird von jener "Herrschaft" der Öffentlichkeit, der nach Habermas die Tendenz innewohnt, daß sich eine Ordnung etabliert, unter der sich Herrschaft auflöst (Habermas 1994: 152f). Für diesen Bereich ist Habermas' Diskurstheorie blind.

Raum und Zeit - symbolisch gefaßt im Begriff der ›Mattscheibe‹ - getrennt. Daraus ergibt sich eine ganz andere Beziehung zur Öffentlichkeit, zu den vermeintlich öffentlichen politischen Handlungen: Letztere bleiben von oben vorgegeben und unbeeinflussbar. Direkter Eingriff ist unmöglich und wird irgendwann auch gar nicht mehr vermißt. Wenn Militär integriert wird, dann medial in einer Art und Weise, die substanzielle Kritik und Kontrolle geradezu ausschließt.

Der beschriebene Effekt, daß die Militarisierung der Gesellschaft die Zivilisierung von Militär bei weitem überwiegt, gilt auch für die Gelöbnisse und sonstigen militärrituellen Veranstaltungen, die als öffentliche innerhalb der Kasernen veranstaltet werden. Die zivilen Besucher der Kaserne sind emotional über ihre Verwandtschaft, Freundschaft mit einem der Rekruten eingebunden. Der Verlauf des Rituals stellt die weihevollen Atmosphäre her und hat letztlich den Zweck, eigenes Denken abzuschalten. Marschmusik, Nationalhymne und Schlachtruf üben ihre Faszination aus. Die Gelöbnisreden stellen die Verbindung her zwischen Militär, Frieden, Demokratie und Menschenrechten im jeweils aktuellen bundeswehrpolitischen Kontext (Friedenseinsätze, Strukturreform, Frauen in der BW, usw.). Der feierliche Rahmen, die amtliche Autorität der RednerInnen gehen einher mit selektiven Geschichtswahrnehmungen, staats- und militärfixierten Traditionskonstruktionen und faktischen Falschaussagen in den Redebeiträgen - kritische oder gar gegnerische Standpunkte kommen selbstverständlich nicht zu Wort.¹⁹¹ Das Gelöbniß als Militärritual zelebriert die Naturnotwendigkeit von Militär und behauptet Lösungskompetenz für gewalttätige Konflikte, die das Militär historisch und bis heute noch nie beweisen konnte. So erfüllt die Veranstaltung ihre wesentliche Funktion: Die westlich-weiße Sicherheits- und Menschenrechtsideologie durchdringt die Inszenierung und setzt sich in den Köpfen fest: Bei Zehntausenden, alle 6 Monate - Rekruten und zivile Zuschauer - überall in der Bundesrepublik. Ob innerhalb der Kasernen oder auf einem öffentlichen Platz mit oder ohne Polizeischutz - an diesem Punkt enthüllt sich die Diskussion über das innerhalb oder außerhalb der Kaserne als Phantomdiskussion.

6.3 *Rituale 'einsparen' und Militär modernisieren*

Technokratisch-reformerische Argumente gegen Rituale halten die Militärrituale für 'alte Zöpfe', die sie abschneiden wollen, um auch den äußeren Anschein des Militärs zu moderni-

¹⁹¹ Noch Protestaktionen, die sich auf den Antimilitarismus eines Tucholsky beziehen, werden militaristisch gewendet: Als Demonstranten beim Gelöbniß und Zapfenstreich 2003 in Hamburg auf einem Gebäude der Alsterarkaden ein Spruchband mit dem Satz "Tucholsky hat Recht" entrollten, behauptete Verteidigungsminister Struck in seiner Rede: "Wenn Tucholsky heute leben würde, würde er die Auslandseinsätze der Bundeswehr für richtig halten."

sieren. Dahinter steht die Erfahrung, daß aufgeklärte, progressive, kritische Bürger sich in Deutschland nicht mehr per 'Hurra-Patriotismus' für ein nationales Militärprojekt agitieren ließen und lassen.

"Im April 1982 bedankte sich ein Bundestagsabgeordneter bei seinem Bundeskanzler für den militärischen Aufwand beim Staatsbesuch des schwedischen Ministerpräsidenten durch die Übergabe einer Schere. Der Bundeskanzler solle 'endlich einmal den alten Zopf abschneiden, ausländische Staatsgäste mit militärischen Ehren zu begrüßen', und schlug als zivile Alternative eine repräsentative Abordnung friedfertiger Bürger aller Berufsgruppen und Gesellschaftsschichten vom Wissenschaftler bis zum Kaminkehrer vor, wobei eine Anzahl hübscher junger Damen fremde Staatsmänner besonders freuen könnte. Der eine oder andere Soldat dürfe als Vertreter eines geachteten Berufsstandes ruhig dabei sein" (zit. nach Stein 1986: 255).

Mit Ritualkritiken dieser Stoßrichtung rennt man mitunter bis in die höchsten Etagen offene Türen ein - so bezeugte selbst Ex-Kanzler Helmut Schmidt, auf die Frage nach der Angemessenheit von Staatsempfängen mit militärischen Ehren im Tagesthemen-Interview, seine Ablehnung gegenüber Militärparaden (vgl. das ausführliche Zitat in Kapitel 4.2 "Protokollarische Imponierrituale" auf Seite 111). Tatsächlich hat in den letzten 50 bis 80 Jahren ein Prozeß der Entritualisierung innerhalb der modernsten Armeen stattgefunden. Diesen beschreibt der britische 'Professor of International Relations' Christopher Coker in seinem Buch "Humane Warfare" (Coker 2001) in Kapitel 5, "The humane warrior/Post-traditional military/Rituals":

"Just as collective memory has given way to individual subjectivity [...], so has ritual, for which there is little need or demand in today's military. It is ritual which enmeshes traditions in practice. It connects continual re-interpretation of the past with practical enactment and is seen to do so. Ritual enhances present performances by conferring upon them temporal autonomy beyond the mundane routine act which addresses present needs. [...] Worse still, they were no longer even useful rituals. Ritualism had been replaced by ritualisation. Ritualism is a state of mind in which ritual activities are bound at, at least, with mystical notions of a formulaic truth. Ritualisation is a state in which social interaction has taken a purely standardised form. It has been adopted as a way of defining roles which people have on certain ceremonial occasions and the occasions on which ceremony (which always had a distinctive role in military institutions in the past) are progressively declining. Ceremony has little place in a post-modern military. Today's soldiers are not trained in arcane rituals any longer or expected to learn practices distinct from society as a whole." (Coker 2001: 98f)

Argumente der Formkritik orientiert am Zeitgeist oder der Effizienzkritik (für mehr Rationalität, Schlankheit im ökonomistischen Sinne) führen aber mitnichten in Richtung Entmilitarisierung. Auch Coker sieht darin keine Zivilisierungstendenz, sondern eine tendenzielle Aufhebung des Unterschiedes zwischen militärischer und ziviler Sphäre:

"Their culture is now a business one. [...] it involves far more than introducing business management into military decision-making in the cause of greater efficiency. It means narrowing the distinction between the civilian and military worlds." (Coker 2001: 99)

Eine auf Effizienz- und Modernitätsargumenten basierende Militärreformrhetorik leistet ohne Umweg einer gründlicheren Professionalisierung des Militärs Vorschub. Diese vordergründige Versachlichung und Neutralisierung des Militär-Images ist unter anderem dem technischen Fortschritt geschuldet. Der von der mikroelektronischen Revolution angetriebene Schub der produktiven Kräfte der menschlichen Arbeit geht auch an den gesellschaftlich vorgehaltenen Destruktionsmitteln und -institutionen nicht spurlos vorüber: Die *revolution in military affairs* bringt Militärorganisatoren und -ausrüster in Zugzwang. Denn genauso wenig wie es zur postfordistischen Industrieproduktion von Autos oder Butterbergen heute noch geballte Massen an Arbeitskräften braucht, genauso wenig braucht es noch Massenheere zur Kriegführung in Anti-Terror- und Ressourcensicherungs-Kriegen. Nicht der billig, schnell und massenhaft ausgebildete Wehrpflichtige, sondern der langfristig gut trainierte, professionelle Spezialist ist der zeitgemäße Typus des Kriegers, den die demokratischen Herrscher benötigen, um ihre Freiheit und ihre Sicherheit, die Rahmenbedingungen ihres Wirtschaftsystems, die Bedingung für ihren Wohlstand, in der Welt durchzusetzen. Indem die anstehende Abschaffung oder Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland (vgl. Herz 2003; Gose 2000) Ressourcen freisetzt für eine Bundeswehrreform, die die Bundeswehr weltweit noch reibungsloser einsetzbar macht, bedeutet sie qualitativ einen weiteren Militarisierungsschritt. Grüne Politiker *mußten* diesen Zusammenhang um den Preis ihrer Regierungstauglichkeit und damit ihres Machterhaltes erkennen und die ganze Partei im Widerspruch zu ihrer inhaltlichen Säule Pazifismus zur kriegstauglichen Regierungspartei machen.

Dementsprechend strömt militärpolitische Öffentlichkeitsarbeit - m.a.W.: Militärpropaganda - heute auch nicht mehr in Form von sonntäglichen Paraden bei 'Kaiserwetter' durch die Stadt. Sie läuft heute über die Kanäle der Medien- und Informationsgesellschaft.

Was der "Kontrolle der Bundeswehr durch die Öffentlichkeit" dienen soll, führt letztlich zur intellektuellen Vernebelung des eigentlichen militärischen Zweckes: der Vorbereitung und Durchführung von Krieg. Um für diesen Zweck eingebunden in eine demokratische Gesellschaft und tatsächlich zur Verfügung stehen zu können bzw. nicht allzu große Widerstände gegen das Militär als Mittel von Interessenpolitik und Machtsicherung nach innen und außen aufkommen zu lassen, betreibt die Bundeswehr ›Informationspolitik‹. Hierfür gilt es, gewalt- und militärlegitimatorische Argumentationen, Menschen- und Weltbilder medial zu ventilieren und zu verankern: Die eigentliche, tödliche Aufgabe verschwindet so hinter dem Bild des humanitären Helfers, der sich als 'Professional' seines Gewerbes abhebt vom fanatisierten deutschen Soldaten der vergangenen Weltkriege, der also nicht aus nationalem Wahn in den Krieg zieht, sondern lediglich 'seinen Job macht'.



Abbildung 15 Das jährliche Militärmusikfestival...

...in Berlin stellt tatsächlich ein Relikt pompöser Militärriuale im 'halb'-öffentlichen Raum dar. Der feierliche Höhepunkt der kommerziellen Abendveranstaltung: Im Fackelschein spielen die Militärorchester die Nationalhymnen der teilnehmenden Nationen.

Die institutionell-personellen Mittel, die der BW für ihre Propaganda-Aufgabe zur Verfügung stehen, sind erstaunlich. Alleine im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr in Potsdam dürften mehr professionelle Kräfte an einer historiographischen Konstruktion der selbstverständlichen, quasi-natürlichen Notwendigkeit von Militär¹⁹² arbeiten als es in ganz Deutschland professionelle Friedenspublizisten und -historiker gibt. 94 Jugendoffiziere (Stand: 2003) sind ausschließlich damit beschäftigt, den Kontakt der Bundeswehr zur Nachwuchsgeneration herzustellen: Täglich sind sie in den Schulen und Jugendinitiativen der Republik unterwegs, um die Konzepte der Militärs "zur Diskussion zu stellen". Dabei haben sie z.B. in Berlin ein Auftrittsverbot mit Vertretern der Kampagne gegen Wehrdienst und Zwangsdienste zu beachten. Die Schulungsangebote der Jugendoffiziere setzen ihre trainierte Agitation gezielt gegen die erfahrungslose, manchmal interessierte und bestenfalls phantasievoll-kritische Aufmerksamkeit von Jugendlichen. In mehreren Bundesländern ist ein mehrtägiger Kasernenaufenthalt von Schulklassen am sicherheitspolitischen Planspiel der Bundes-

¹⁹² So lautet zwar nicht der offizielle Arbeitsauftrag. Allerdings sieht das Ergebnis so aus, wenn alle Arbeit alleine schon materiell auf der legitimen Existenz von Militär beruht. Ohne Bundeswehr und Verteidigungshaushalt auch kein Militärgeschichtliches Forschungsamt. Mit dem Umzug nach Potsdam und dem Abgang einiger kritischer Wissenschaftler ist das institutionelle Experiment der sozial-liberalen Ära, der Bundeswehr ein ›historisches Gewissen‹ zu verleihen, endgültig abgewickelt. Das MGFA bildet heute den Think Tank zur Historie der Bundeswehr - so wie das SoWi den sozialwissenschaftlich-sozialpsychologischen Apparat der Bundeswehr bildet.

wehr POL&IS (Politik & internationale Sicherheit) üblich.¹⁹³ Nicht nur die Jugendoffiziere werden in einer eigenen Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr geschult. Diese Institution steht in der direkten Tradition des Amtes für "psychologische Kriegführung" der frühen BRD bzw. später "psychologische Verteidigung", heute in Strausberg, ausgerüstet mit der größten militärwissenschaftlichen Bibliothek Deutschlands und einem eigenen Sozialwissenschaftlichen Institut (SoWi), in dem Wissenschaftler in verteidigungsministeriell abgesegneten Forschungsvorhaben die Öffentlichkeitsstrategie der BW empirisch-wissenschaftlich vorbereiten, begleiten und überprüfen.

Hinzu kommt ein ganzes Geflecht von Truppenzeitungen und -zeitschriften sowie rüstungs- und sicherheitspolitischen Magazinen aus dem Öffentlichkeitsreferat des BMVg bzw. nachgeordneten Stellen, die oft nur für den Spezialisten als BW-Publikationen erkennbar sind. Nicht zu vergessen die Bundeswehruniversitäten, in denen der kritisch-reformistische Geist der frühen 70er mittlerweile auf dem Rückzug ist, einem effizienz- und auftragsorientierten Bild vom universellen Sicherheitsdienstleister weichend. Alles unter dem Signum der wissenschaftlichen Objektivität und des dadurch legitimierten Wahrheitsanspruches. Daneben existiert die privilegierte Möglichkeit, über Verteidigungsminister und Staatssekretäre kontinuierlich direkt in den zentralen parlamentarischen Institutionen wirken zu können: Bundesparlament, Fachausschüsse, Bundespressekonferenz. Die unkommentierte Multiplikation dieser Aktivitäten findet statt in der Dokumentationszeitung "Das Parlament" bzw. im Doku-Kanal "Phoenix".¹⁹⁴ Eine in ihren Grundzügen bundeswehr-konforme Sichtweise der politischen Verhältnisse wird so dominant, daß sie sogar in der Lage ist, in den Meinungskorridoren der sogenannten freien, liberalen, unabhängigen Presse den Ton anzugeben.¹⁹⁵ Die Grenzen zwischen direkt ministeriell verlautbarter Propaganda und der 'Propaganda des vorausseilenden Gehorsams' verschwimmen so tendenziell.

Die Akzeptanz des Militärs und des Militärischen - vielleicht eine neue Militarisierung der *Gesellschaft*, d.h. nicht nur der "Männergesellschaft" - erfolgt heute also weniger über militärische Selbstdarstellungen im traditionellen Gewande als über ihre spezifische Mischung mit zivilgesellschaftlichen Elementen. Die Loyalität gegenüber Militär und militärischer Gewalt

¹⁹³ Vgl. "Bundeswehr - POL&IS - Politik interaktiv lernen" http://www.bundeswehr.de/jugend/jugendoffizier/030519_polis_spiel.php (Zugriff am 22.10.03) und diverse ›Spielberichte‹ mit dem Suchbegriff "Pol&is" bei <http://www.google.de>. Kritisch dazu Leuhn (2003).

¹⁹⁴ Vgl. hierzu die Analyse der Argumentation und Bildsprache einer ZDF-Bundeswehrreportage (Euskirchen 2001). Neben den live-Verlautbarungen der offiziellen und für wichtig erachteten Politikinszenierungen bietet Phoenix allerdings eines der anspruchsvollsten, teilweise sogar kritischen Dokumentarfilmprogramme im deutschsprachigen Fernsehen.

¹⁹⁵ Zur Funktionsweise von Propaganda in demokratischen Systemen vgl. Chomsky (2003; 1988).

einschließlich der sie repräsentierenden oder ausübenden Männer gelingt am erfolgreichsten über ihre „friedenstiftenden“ Einsätze, ihre (Natur-)Katastrophen-Einsätze etc., nicht erstrangig über symbolisches Waffengerassel und über tödliche Kriegseinsätze, sondern über Schutz, Hilfe und technische Kompetenz; und neuerdings über die Verbindung mit Menschenrechten: Militär als bewaffneter Arm des Kampfes um Menschenrechte, eines Kampfes für die gute Sache. Über den Weltgesellschafts-/Weltordnungs-/Weltpolizeidiskurs werden Militär und Krieg zur moralischen Mission. Auf diesem Weg sind Akzeptanz und Konsens offenbar leichter einzuholen, und da kann auch der Großteil der - den Militärritualen abgeneigten - Friedensbewegten schweren Herzens aber guten Gewissens zustimmen. Daher findet dort eine effizienzorientierte Militärmodernisierung - im Zusammenhang mit einer Abschaffung der Wehrpflicht als Zwangsdienst und den überkommenen Ritualen - besonders viele BefürworterInnen.

6.4 *Bürger- und verfassungsrechtliche Einwände gegen Militärrituale*

Bürgerrechtlich verfassungsorientierte Argumente problematisieren Entdemokratisierungstendenzen und das Auseinanderklaffen von Verfassungsvorschriften und Verfassungswirklichkeiten. Sie kritisieren die Militarisierung der Öffentlichkeit und die Ausweitung militärischer Aufgaben über den verfassungsmäßigen Verteidigungsauftrag hinaus. Militarisierung des kollektiven Bewußtseins durch Militarisierung des öffentlichen Raumes und Militarisierung von Außenpolitik sehen sie in einem Zusammenhang, sie kritisieren eine Politik, die die Existenz von Militär als natürlich und den Einsatz von Militär als alternativlos erscheinen lassen möchte - eine Haltung, die z.B. Volker Rühle (CDU) vertrat, wenn er als Verteidigungsminister 1992 sagte:

"Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind. [...] Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben [weltweiter Kampfeinsätze; ME] vorzubereiten. Bei Blauhelmeinsätzen ist das schon gelungen. [...] Auf Dauer ist eine Beschränkung auf Blauhelm-Einsätze nicht realistisch. [...] Das kann sich alles entwickeln."¹⁹⁶

Rühle und seine sozialdemokratischen Nachfolger Scharping und Struck und übrigens auch grüne Politikerinnen und Politiker wie die verteidigungspolitische Sprecherin Angelika Beer nennen ihr Ziel ganz offen: Die Bundeswehr soll als selbstverständlicher Teil der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Dem entgegnet Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.:

¹⁹⁶ Volker Rühle als Verteidigungsminister, 'Der Spiegel', 30/1992

"In den Kämpfen um die Legitimierung von Militärgewalt geht es um Hirne und Herzen der Bevölkerung. Krieg durchbricht alle Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und zwingt den Soldaten eine doppelte Moral auf. Diese Sondersituation bedarf einer moralisch oder religiös überhöhenden Legitimation. Die Gesellschaft muss die Sondersituation des Verstoßes gegen alle normal gültigen Werte der Gesellschaft als etwas besonders Gutes, Gerechtes und Ehrenvolles akzeptieren. Im Grunde geht es um eine paradoxe Figur, denn der Verstoß gegen die Werte der Gesellschaft soll diese gerade aufrechterhalten und sichern. Deshalb muß ein Kult geschaffen werden: der Heldentod fürs Vaterland auf dem Felde der Ehre, der "Heilige Krieg" mit dem Versprechen, nach dem Tode im Jenseits glorreich empfangen und geehrt zu werden, oder eben der "gerechte Krieg", der den Werteverstoß adeln soll. Diese Kulte sind durch Zeremonien und Sanktionen zu ritualisieren und zu tabuisieren, so daß sie jeglicher kritischen Diskussion entzogen werden. Erst unter diesem Aspekt wird verständlich, warum die Bundesregierungen und die Militärführung so hartnäckig an den Ritualen der öffentlichen Gelöbnisse festhalten." (Buro 1999)

Die Imagekampagne, mit der nach 1989 die Existenzberechtigung der Bundeswehr wiederhergestellt werden sollte, hat ihre Kontinuität auch unter der rot-grünen Bundesregierung: Soldaten der Bundeswehr wurden als Brunnenbohrer, Deichschützer, Katastrophenhelfer, Arbeitgeber, Sanitäter präsentiert. Dann wurden sie Friedenserhalter, schließlich humanitäre Helfer. Allmählich wandelt das Bild sich wieder zum Soldaten als Kämpfer. Zwischendurch wollte man die Früchte der jahrelangen Arbeit am öffentlichen Bild der deutschen Armee ernten: darum die Ehrenschutzdebatte für Soldaten, darum die Durchsetzung öffentlicher "Feierlicher Gelöbnisse" und "Großer Zapfenstriche", darum der Befehl zum Tragen von Uniform in der Freizeit (vgl. Euskirchen 2000c), darum die millionenschweren Werbekampagnen der Bundeswehr. Gegen diese Kolonisierung von öffentlichem Raum, öffentlicher Diskussion und in der Folge öffentlichem, kollektivem Bewußtsein wendet sich eine Kritik der Militärrituale, die zunächst auf den zivilen Charakter von bürgerlicher Öffentlichkeit hinweist und diesen zu verteidigen versucht gegen Militarisierungstendenzen:

"Bleibt kaum zu fragen, wer durch solch eine Inszenierung repräsentiert wird. Sicherlich nicht diejenigen, die auf eine plurale Gesellschaft mit emanzipativen und demokratischen Formen der Auseinandersetzung setzen und daher den öffentlichen Raum als Medium miteinander konkurrierender, aber gleichwertiger Lebensentwürfe nutzen (wollen). Solche Vorstellungen kann die Bundeswehr nur schwerlich verkörpern, nicht nur angesichts der in den letzten Monaten an die Öffentlichkeit gelangten Skandale um rechtsradikale Tendenzen in Bundeswehreinheiten. Auch solange die immer wieder vorgetragene Beteuerung, zwar nicht in der Kontinuität der Eroberungsarmee des 3. Reichs, aber doch in der 'ehrenhaften soldatischen Tradition der deutschen Wehrmacht' zu stehen, nur mit einer recht zögerlichen Auseinandersetzung mit genau dieser Geschichte einhergeht, gelingt dies kaum.

Der Protest gegen das öffentliche Gelöbnis jedenfalls ist mehr als ein Einspruch gegen die Wiedereinführung überkommener Rituale. Er verweigert sich auch der symbolischen Besetzung des innenstädtischen Raums und der damit einhergehenden Konstruktion eines bestimmten Hauptstadtbilds." (Binder 1998)

Der grundrechte-orientierten Militärritualkritik geht es jedoch um mehr als ein uniform- und stehschrittfreies Stadtbild. Öffentlichkeit als zivile Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen stellt die Bedingung zur Möglichkeit der Geltung der fundamentalsten Menschenrechte dar. In einer bürgerrechtlich-verfassungskritischen Kritik der Militärrituale wird nicht die eine oder andere militärpolitische Position kritisiert, sondern die Herrschaft von Menschen über Menschen durch die Mechanismen von Befehl und Gehorsam. Wolf Dieter Narr, Professor für Politikwissenschaft und Autor gelöbniskritischer Flugschriften:

"Meine Kritik setzt an der Symbolik zwar an, insofern ich so eine Symbolik - was ich vorhin schon gesagt habe - für prinzipiell gegen das Menschenrecht auf eigenes Denken und den Mut sich des eigenen Verstandes zu bedienen - frei nach Kant - gerichtet halte, und das als ganz schlimm ansehe, wenn in der Bundesrepublik nach 1945, nach zwei Weltkriegen, nach all dem, was man sonst weiß, nach dem Vietnamkrieg und so weiter und so fort, versucht wird, auf im Grunde ganz altertümliche Weise Gehorsam und Identifikation einzuüben. Das ist an sich selber schlimm, weil es im Grunde gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes geht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Hier wird die Würde des Menschen angetastet [...] Weil die Würde des Menschen damit zusammenhängt, den eigenen Kopf zu benutzen, das ist nun einmal menschenrechtlich gar nicht strittig, und wer etwas anderes meint, der braucht über Menschenrechte gar nicht zu reden. Insofern ist das eigentlich eine Sache, die man geradezu strafrechtlich verfolgen würde, müßte, aber das Strafrecht ist ja wieder so, daß es primär eine staatliche Angelegenheit ist, insofern hat es vermutlich wenig Sinn." (Narr, Interview: 2001: 165)

Stattdessen wird das Strafrecht gegen jene gewandt, die ihre Militär- und Kriegskritik auf der Basis einer verfassungsrechtlichen Argumentation in einen Aufruf zur Fahnenflucht an Soldaten, die an einem Angriffskrieg beteiligt sind, münden lassen.¹⁹⁷ Die Argumente der grund- und bürgerrechtlichen Militärkritik treten sehr deutlich anhand der Argumente hervor, mit der Bürgerrechtsgruppen und ihre VertreterInnen während der Bombardierung Serbiens und auch wieder 2003 während der Flankierung des Angriffskrieges gegen den Irak durch die Bundeswehr Soldaten zur Befehlsverweigerung und Desertion aufriefen. Allerdings verschafften gerade die Kriminalisierungsversuche den militärkritischen Argumenten über die Politisierung des juristischen Nachspiels erneute Öffentlichkeit:

"Wir führen ja derzeit Prozesse - oder gegen uns werden Prozesse geführt, weil wir gesagt haben, der Einsatz im Kosovo war in sofern sittenwidrig, weil er eine Verletzung des Grundgesetzes und eine Verletzung des Völkerrechts darstellt. Also wäre der Soldat - oder ist der Soldat, deswegen der Aufruf zur Fahnenflucht, gezwungen, wenn er das durchschaut und deshalb wollten wir ihm helfen, das zu durchschauen, gezwungen eigentlich, die Truppe zu verlassen, weil alle Befehle im Rahmen eines unrecht geführten Krieges in sich selber auch wenn der Befehl selber völlig harmlos ist: marschieren sie nach links oder nach rechts oder fahren sie geradeaus! - ist dieser Befehl Unrecht im Rahmen eines unrechten Gesamtkrieges. Und ob das gedeckt ist durch den Gewissensentscheid, ist eine Frage, die kein Gericht bisher sich gewagt hat zu stellen, und wir hof-

¹⁹⁷ Vgl. <http://userpage.fu-berlin.de/~ami/home/prozesse.htm>.

fen, das geht eines Tages vor das Bundesverfassungsgericht, diese ganze Frage der Legitimität oder Legalität des Kosovokrieges." (Krippendorff, Interview: 2001: 151)

Fast alle Fahnenfluchtaufrüher bekamen Recht. Dem Militärinterventionismus hat das nicht geschadet. Mit dem Recht läßt sich nicht vorgehen gegen das Militär. Recht und Militär sind zwei Ausdrucksformen der gleichen Gewalt - Staatsgewalt. Eine bürger- und verfassungsrechtsbasierte Kritik am Militär und seinen kriegerischen Aktivität ist daher noch nicht falsch. Aber unvollständig. Sie erkennt nicht den gesetzmäßigen und unangreifbaren Charakter der rechtsetzenden und -erhaltenden Gewalt, den auch Militär in Erweiterung von Polizei letztendlich darstellt: Die Grundrechte gelten (nachdem sie in einer revolutionären Auseinandersetzung gewaltsam gefordert und anschließend mit der alten Macht kompromißförmig kodifiziert wurden - unter Wegfall der sozialen Grundrechte) gerade weil sich das Moment der Gewalt bei ihrer Setzung in den Institutionen des Gewaltmonopols mit verrechtlicht hat. Militär als eine dieser Institutionen (neben der Polizei) ist gleichzeitig (historisch-genetisch *und* systematisch) vor dem *und* im Recht. Recht, mit dem sich Militär ernsthaft 'angreifen' ließe, würde sofort 'reformiert', da das Militär als Stütze der Staatsgewalt das notwendige Mittel ist, das Recht überhaupt durchzusetzen. Benjamin spricht von einer mythischen Gewalt, die das Recht im Moment seiner Setzung und darüber hinaus begründet (Benjamin 1965: 55ff).

"Wenn eine gewaltsame, gewalttätige Setzung den Ursprung des Rechts bildet, dann erscheint sie dort am deutlichsten und am reinsten, wo die Gewalt absolut ist, wo sie an das Existenzrecht, an das Recht auf Leben und Tod rührt" (Derrida 1991: 89f).

Der moderne Staat und sein Recht haben demnach ihre mythische Gewalt im absoluten Zugriff auf den Bürger für den Militärdienst. Der Gehorsam beim Töten und Sterben wird trainiert und praktiziert. In den Militärriualen findet dieser Moment jenseits und vor dem Recht immer wieder statt. Offensichtlich kultivieren Gemeinschaften, die sich selbst als aufgeklärte, nach rationalen Kriterien funktionierende Einheiten imaginieren, diesen mythischen Moment. Und vielleicht lassen sich die Militärriuale aus diesem Grund nicht einfach beseitigen: Sie bewirken nicht nur die Militarisierung der Öffentlichkeit und des kollektiven Bewußtseins; sondern sie erneuern mit ihrem Moment mythischer Gewalt immer wieder den archimedischen Punkt, auf dem nichts weniger basiert als das Recht selbst. Daher muß eine

"wirksame Kritik dem Rechtskörper selbst entgegentreten, ihn an Haupt und Gliedern anfechten, statt bloß die Gesetze und die besonderen Rechtsbräuche anzugreifen, die das Recht in den Schutz seiner Macht nimmt" (Derrida 1991: 88).

In diesem Sinne greift eine Kritik der Militärrituale oder des Militärs zu kurz, wenn sie zwar radikal sein will, sich aber gleichzeitig auf Grundrechte beruft, die im Rahmen des Rechts *gewährleistet* werden.

6.5 Der linksradikale Kampf gegen Militärrituale

In den Demonstrationsbündnissen gegen Gelöbnisse finden sich immer auch Gruppen der radikalen Linken, Gruppen, die sich selbst der autonomen anti-imperialistischen oder antimilitaristischen Szene zurechnen. In der linksradikal/autonomen Kritik der Militärrituale bilden Veranstaltungen wie das Gelöbnis im Bendlerblock eher Symptome des eigentlich zu kritisierenden Gesamtzusammenhanges dar: kapitalistische Vergesellschaftung, die einerseits weltweit ihre Rahmenbedingungen staatlich-militärisch herstellt und andererseits aus Gründen "zwischenimperialistischer Konkurrenz zwischen Nationalstaaten" auf einen möglichst starken Militärapparat und eine diesen wenigstens akzeptierende Bevölkerung angewiesen ist. Die Veranstaltungen symbolischer Militarisierung bilden eine Gelegenheit, diese Kritik öffentlichkeitswirksam anzubinden. Gleichzeitig bilden gerade die *öffentlichen* Gelöbnisse durch ihren umfassenden Geltungsanspruch eine Angriffsfläche für symbolische Militanz in den Aktionsformen der Ritualsgegner.

"Also der Rahmen besteht darin, daß man sich auf eine Demonstration einigt, man ist sich aber auch darüber im klaren, daß diese nicht ausreichen kann, sondern daß natürlich phantasievolle Aktionen gefragt sind. Die haben ja auch immer wieder stattgefunden. Ich denke da an die beiden Gelöbnisse von Zwergen und Schafen, die die Kampagne gemacht hatte, die Aktion mit den Regenschirmen und der Unbekleidetheit 1999, denke ich war auch ganz gut. In diesem Jahr haben wir uns auch etwas einfallen lassen, werden wir uns noch etwas einfallen lassen." (Brendle, Interview: 2001: 132)

Mit spektakulären Aktionen, die die Regeln des militärischen Rituals bewußt brechen, zerstören sie die weihevollen Atmosphäre des Rituals. Demonstrationlärm zwingt die Bundeswehr weit hinter ihre eigenen Barrikaden, mit denen sie den öffentlichen Raum absperren und ihren eigenen Anspruch der *öffentlichen* Veranstaltung und der *Normalität in der Gesellschaft* konterkarieren. Karikaturen der Militärrituale - z.B. Zwergen- oder Schafsgelöbnis - verwiesen auf einzelne kritikwürdige Aspekte des Gelöbnisrituals - Männlichkeits- oder Gehorsamsproduktion - und verhöhnten diese gleichzeitig. Schließlich gelang es mehrmals in den letzten Jahren den Ablauf des Zeremoniells selbst massiv zu stören, indem z.B. 1999 über ein Dutzend nackte Demonstranten während des weihevollen Gelöbnismoments zwischen den Fahnen der gelobenden Rekruten hin und her rannten und erst durch Feldjäger eingefangen werden mußten. Dazu Frank Brendle, Sprecher der Gruppe BamM (Büro für antimilitaristische Maßnahmen):

"Wenn ein Soldat traurig ist, daß sein Gelöbniß gestört wird, dann kann ich ihm nur empfehlen, daß er einfach verweigern soll. Er wird dazu ausgebildet und bekundet seine Bereitschaft mit dem Gelöbniß, andere Menschen umzubringen und ich denke, da ist einfach sein Anspruch vertan, hier in Ruhe gelassen zu werden und sich feierlich aufs Töten einzustimmen. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis und ich denke so ein Mensch kann sich auch nicht auf unsere Toleranz berufen, das ist dann zuviel verlangt. Schließlich bringen wir ihn ja nicht um, was er aber durchaus in der Konsequenz vorhat. Nicht uns umzubringen unbedingt, aber die vor allen Dingen, die ihm anbefohlen werden." (Brendle, Interview: 2001: 137)

So geht von einer radikalen Sichtweise aus die im Rahmen der Demonstration oder über Flugblätter vorgetragene Kritik an den Verhältnissen im Idealfall einher mit der tatsächlichen Störung der Auswirkungen des Rituals.



Abbildung 16 Nacktheit stört die Feierlichkeit des Gelöbnisses

Am 20. Juli 1999 stürmten etwa zehn GelöbnißgegnerInnen den Platz im feierlichsten Moment. Gerade waren die Abordnungen der Rekruten zur Truppenfahne vorgetreten, um ihre Treue zur Bundesrepublik zu geloben, da stürzten die jungen Männer und Frauen von den Tribünen auf den Platz. Mindestens zwei Frauen rissen sich die Kleider vom Leib und lieferten sich zunächst ein Haschmich mit den Feldjägern, bis diese sie doch einfingen und abführten. Auf den Oberkörper hatten sie sich Parolen gemalt. Andere spannten Regenschirme als Protestplakate auf. Auf einem stand "Tucholsky hat recht": eine Anspielung auf das Tucholsky-Zitat "Soldaten sind Mörder".

Dabei wirkt die Störung nicht ausschließlich destruktiv. Sie macht jenseits der Störung durch die eingesetzten Methoden eine Aussage:

"Sie sagen, die Spielregeln gelten nicht mehr - ich komme nackt. Und das wissen wir ja auch, daß in der modernen Gesellschaft, das Nackt-sein, das immer sozusagen eine störende Botschaft hat. Also damit sagen wir, daß wir anderen Regeln folgen. Es gibt eine absolute Grundregel, daß man in der Öffentlichkeit bekleidet zu sein hat. Und jetzt kommt jemand und sagt grundsätzlich 'Nein!'. Das ist nicht so, daß ich das Gelöbniß nicht will, da geht es gar nicht darum, sondern ich denke, dadurch daß diese Leute sich dort nackt darstellen, oder nackt ankommen, sagen sie: 'Diese ganze Regelung, das akzeptiere ich nicht' Das ist ein radikaler Bruch, wenn ich das so sagen darf. Und damit sagen sie: 'Das ist doch gar kein Ritual, das ist nur ein Theater, das ist nur eine

Inszenierung, das ist nicht etwas, was uns wirklich bindet. Das bindet vielleicht einen kleinen Teil der Gesellschaft, oder einige Leute, oder Männer vor allen Dingen, aber darüber hinaus, wir akzeptieren das einfach nicht." (Niedermüller, Interview: 2001: 179)

Die Berichterstattung über derartige spektakuläre Aktionen findet ihren Weg sogar auf die Bildseiten der Tageszeitungen und in die Tagesschau. Damit gelingt der symbolischen Botschaft dieser Art von Aktionen, was sonst keiner Fundamentalkritik - und vor allem keiner verbal-argumentativ vorgetragenen - gelingt: Nämlich bis in die Mitte der Gesellschaft berichtet und wahrgenommen zu werden. Allerdings zeigt der Umgang mit den AktivistInnen, die ein Militärritual nachhaltig unterbrechen, auch die faktischen Grenzen von Ritualkritik auf. Von der mit repressiven Mitteln gezogenen Grenze legitimer Kritik und ihrer Mittel her bestimmt sich dann auch die Wahl der Aktionsform: Wer Militär und Militarisierung von Öffentlichkeit über Militärrituale grundsätzlich ablehnt, aber keine Möglichkeit hat, mit einer begründeten Position der Ablehnung eine gesellschaftliche Wirkung zu erzielen, der wird erwägen, die Grenzen der erlaubten Kritik zu überschreiten.

"Da ist aber dieser totale, dieser absolute Bruch mit einem Ritual: Der zeigt aber auch, daß man keine andere Möglichkeit hat dagegen zu protestieren. Also wir müssen natürlich auch einsehen, daß das kein wirklicher richtiger Protest ist gegen das Gelöbnis, das passiert hier gar nicht, man wird eingefangen man wird wegtransportiert und so weiter. Also ich denke dieser totale Bruch mit den Symbolen und Ritualen zeigt auch, daß man keine wirkliche Möglichkeit hat darauf irgendwie einzuwirken und dagegen zu protestieren. Da spielen sich keine Prozesse ab, in denen man sozusagen dann nochmal etwas dagegen argumentieren kann. Das wird entschieden und allen denjenigen, die damit nicht einverstanden sind, bleibt nur noch die Möglichkeit, damit total zu brechen." (Niedermüller, Interview: 2001: 179)

So findet radikale Militärritualkritik in der praktischen Störung der Veranstaltungen anhand kontrollierter Rechtsbrüche ihren angemessenen Ausdruck. Nicht nur der ordnungsgemäße Ablauf des Militärrituals wird gestört, sondern auch der rechtliche Rahmen, mit dem die staatliche Selbstdarstellung gesichert wird und der umfassende Ordnungsrahmen, der bei bestimmten Themen nur bestimmte Formen von Kritik als legitim anerkennt und zuläßt.

Aber die Störung des Rituals wirkt nicht nur störend, unterbrechend am Ort des Geschehens und medial in der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion des Ereignisses. Eine solche gemeinsame Aktion wirkt auch zurück in die Gruppe und auf die einzelnen Aktivisten:

"Trotzdem ist es natürlich, also gerade für Jugendliche sicherlich auch ein Kick so ein Gelöbnis aktiv zu stören. Wenn man dann noch weiß, es ist auch nicht groß strafbar, es kann vielleicht ein Bußgeld geben, es kann passieren, daß man von den Feldjägern ein paar aufs Maul kriegt, das ist auch passiert bei einigen Leuten, dann muß man halt mit sich selbst ausmachen, wie risikofreudig ist man und wieviel blaue Flecken verträgt man. Da gibt es Leute die es mitmachen und nicht bei jeder Aktion muß man ja auch erwischt werden, oder festgenommen werden. Es gibt ja andere symbolische Aktionen wie dieses Schafsgelöbnis zum Beispiel, wo man nichts

aufs Maul kriegt, was sicher aber auch spannender ist als eine Demo. Die Demo machen wir immer auch wieder, um den Leuten was anzubieten denen sonst nichts einfällt, um es mal so zu formulieren. Und weil die immer sicher den Zweck erreicht, das Gelöbnis hinter ein Polizeiaufgebot zu stellen." (Brendle, Interview: 2001: 139)

Der Hinweis auf die jedes Jahr immergleiche Demonstration deutet ein Problem der radikalen Ritualsgegnerschaft an: Im immergleichen Widerstand gegen das Militärritual von oben droht das, was als ritualekritische Bewegung begann, selbst zu ritualisieren. Jedes Jahr auf das gleiche Datum hin muss mit mehr oder weniger gleicher Argumentation über die immergleichen Informationswege Flugblätter, Plakate, Internet mobilisiert werden. Angesprochen fühlt sich ein homogenes kleines Spektrum von Personen. Die Vorbereitungstätigkeit muß sich immergleich um die Anmeldung der Demonstration kümmern, mit der Versammlungsbehörde die Route und sonstige Auflagen aushandeln. Am Tag der Veranstaltung zieht wie jedes Jahr - umgeben von einem riesigen Polizeiaufgebot (auf einen Demonstranten mehr als ein Polizist) möglichst nahe an den immergleichen Ort, der von Polizei und Feldjägern festungsgleich abgesperrt ist.¹⁹⁸ Die Redebeiträge der Abschlußkundgebung bieten dabei vielleicht noch am ehesten die Möglichkeit, neben den Inhalten der Transparente und Verkleidungen auf der Demonstration, den gewohnten Rahmen des Demonstrationsnachmittags aufzubrechen. Pünktlich zum Gelöbnis drinnen wird dann draußen so viel Lärm wie möglich gemacht - im Bewußtsein, daß die Zuschauer drinnen bestenfalls ein leises Hintergrundgeräusch hören und daß es darum ja auch eigentlich gar nicht geht. Dann läuft noch ein wenig Musik und die Leute gehen in Gruppen nach Hause, damit der Polizei sich keine Gelegenheiten zu Übergriffen gegen DemoteilnehmerInnen bieten.

"Ich denke ein Ritual ist dieser Protest trotzdem nicht. Also Rituale haben ja immer was Identitätsstiftendes. Das kann ja natürlich auch verlockend sein davon Gebrauch zu machen, sich die Anhängerschaft quasi sicher zu machen, es würde aber ja auch bedeuten, daß man ja nicht mehr kreativ ist. Ritual und Kreativität schließen sich ja aus. Genau das wollen wir aber ja auch zeigen, daß der Protest durchaus lebendig ist und es da phantasievolle und kreativitätsvolle Aktionen gibt. So, deswegen steht ja nichts weiter fest quasi, es gibt einen weiteren Rahmen, in dem man Aktionen macht, alles andere weiß man vorher ja nicht was ja noch passieren wird. [...] Aber ich denke ein Ritual wäre es sicherlich dann, wenn wir jedes Jahr nach der Truppenfahne rennen würden und vorhätten die zu klauen." (Brendle, Interview: 2001: 133f)

Alleine die symbolischen Unterbrechungsaktionen kleiner Gruppen, die den zu erwartenden Repressionsgrad kalkulieren und in Kauf nehmen, bilden das Korrektiv gegen die Ritualisierung und Erstarrung des Widerstandes. Allerdings werden die präventiven Sicherungs- und

¹⁹⁸ Die schiere Übermacht der Kräfte der einen Gewaltmonopolsinstitution (Polizei), die abkommandiert ist, um die andere Gewaltmonopolsinstitution (Bundeswehr) - indem sie die demonstrative Öffentlichkeit ausschließt

Überwachungsmaßnahmen immer massiver. Bekannte Aktivisten wurden in den letzten Jahren schon im Vorfeld von der Polizei 'angesprochen'.¹⁹⁹ Der 'Objektschutz' wird auch auf die Nachbargrundstücke und das ganze Stadtgebiet um den Bendlerblock herum ausgedehnt. Beim Gelöbnis 2003 wurde für wenige Augenblicke ein Transparent von einem der benachbarten Dächer entrollt bis Zivilpolizei die Aktion schon wieder beendete und alle Beteiligten verhaftete.²⁰⁰ Die Selbstbeschränkung der Aktivisten reduziert 'praktische' Militärkritik in Deutschland bereits auf das symbolische Feld. Der die Bundeswehrrituale begleitende enorme Aufwand an polizeilicher Sicherung und juristischer Repression führt dazu, daß antimilitaristische Aktivität sich mittlerweile beinahe ausschließlich im staatlich komplett verreglementierten, überwachten und hinter der Polizeibegleitung versteckten Protestbiotop 'Versammlung' zeigt. Das Militärritual und seine demonstrations- bzw. versammlungsförmige Gegenveranstaltung, es ließe sich zuspitzen: ein autoritär befriedetes und im ganzen exemplarisch ›demokratisches‹ Gesamtritual.

und fernhält - bei ihrem Ritual zu schützen, kann bei allen, die es selbst erlebt haben, die Behauptung vom *öffentlichen* Gelöbnis nur noch lächerlich erscheinen lassen.

¹⁹⁹ Vgl. "Besuch vom Staatschutz. Angekündigter Protest gegen Bundeswehrverband führte zu Hausdurchsuchungen in Berlin" von Dago Langhans; in: Junge Welt vom 11. September 1999.

²⁰⁰ Vgl. "GelöbnisgegnerInnen kamen über die Dächer" und die Diskussion der Aktion bei <http://de.indymedia.org/2003/07/57734.shtml>; auch dokumentiert im Materialband (Euskirchen 2003a: 81ff).